

Martin Schulz über den Ukraine-Konflikt und die Antwort der EU auf die russische Aggression

Herr Schulz, vor einem Jahr, als der Krieg in der Ukraine ausbrach, haben Sie im „Kölner Stadt-Anzeiger“ gesagt, man müsse Russland nehmen, wie es ist. Haben Sie Ihr Urteil inzwischen revidiert?

Ich sehe es immer noch so. Ich habe das auch in der Rede in Köln bei der Verleihung des Lew-Kopelew-Preises gesagt. Wir haben Russland mit Sanktionen belegt und wir verurteilen den Bruch des internationalen Rechts. Aber wir benötigen eine politische Lösung – und die brauchen wir mit Russland, so schwierig das vielleicht sein mag. Ich fühle mich hierin auch bestärkt durch die Bürgerrechtler, die in Köln geehrt wurden, die genau das bestätigt haben, dass man alle Kanäle nach Russland offen halten müsse.

Aber das Minsker Abkommen, das zu Waffenstillstand führen sollte, ist mehr als brüchig.



Präsident des Europaparlaments: Martin Schulz Foto: dpa

Es ist die Alternative zum bewaffneten Kampf. Das Minsker Abkommen ist nicht die Lösung, aber ein erster Schritt in Richtung Lösung. Wir haben vor wenigen Tagen noch nicht den Durchbruch, aber doch einen wesentlichen Schritt zur Verhinderung der nuklearen Aufrüstung des Iran gemacht. Das wäre ein erstes Mal, dass die USA und der Iran miteinander reden seit mehr 30 Jahren. Das ist auch unter Einschluss Russlands zustande gekommen. Ohne Russland wird es auch in Syrien keine Lösung geben. Wir müssen den Russen ganz klar sagen, was wir nicht akzeptieren können, und das auch mit Maßnahmen untermauern, was wir ja tun. Aber zugleich müssen wir im Dialog bleiben und nach gemeinsamen Interessen suchen.

Aber werden die Ukrainer hier nicht im Stich gelassen? Die USA tun herzlich wenig für die Ukraine, und sind die Europäer nicht zu weich im Umgang mit Russland?

Das kann man nicht sagen. Die Europäer treten schon entschlossen auf. Unsere Sanktionen sind ziel-

führend und haben für einige Mitgliedsstaaten der EU auch harte Rückwirkungen, für Griechenland zum Beispiel, aber auch in anderen Fällen, und dennoch halten alle zusammen.

Wie hilft man also der Ukraine?

Ich glaube, dass die Ukraine wirtschaftliche Hilfe braucht, Stabilisierung im Land, bezahlbare Energie und Finanzhilfen, um die Wirtschaft zum Laufen zu bringen. Aber die Ukraine muss auch intern die Voraussetzungen schaffen, etwa durch Strukturreformen oder den Kampf gegen Korruption.

Und Waffen?

Waffenlieferungen tragen ganz sicher nicht zur Deeskalation bei, im Gegenteil. Was die Menschen in der Ukraine brauchen, ist eine wirtschaftliche Basis, um dauerhaft existieren zu können. Deshalb glaube ich, dass wir viel konsequenter auf ökonomischer Ebene helfen und zusammenarbeiten müssen.

Würde eine militärische Hilfe den Preis für Russland nicht höher treiben und den Konflikt so eindämmen?

Das ist die Lesart gewisser amerikanischer Senatoren wie John McCain und anderer. Ich halte das für zynisch und hoch gefährlich. Der Preis ist nicht zahlbar, weil hierdurch mehr Menschen in der Ukraine sterben werden. Die Denkweise, dass man den Preis für die Russen so hochtreiben will, wie es nur geht, kann man sich leisten, wenn man in einem Senatssessel in Washington sitzt. Den Preis zahlen die Menschen in der Ukraine – mit ihrem Leben.

Will Putin die EU mit seiner Griechenland-Politik schwächen?

Ich glaube, dass es normal ist, wenn Griechenland mit Russland redet. Denn das Land ist ja durch die EU-Sanktionen gegen Russland auch in Bezug auf seine Exporte betroffen. Aber man kann nicht aus der einheitlichen Haltung der EU ausscheren und zugleich erwarten, dass man weiterhin volle Solidarität bekommt. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras mit Putin redet, aber ich gehe davon aus, dass er nicht die europäische Solidarität verletzt.

Das Gespräch führte Michael Hesse

„Die Europäer treten entschlossen auf“